

Stellungnahme der CVP zur Debatte über die Studiengebühren

8002 Zürich, 15. Dezember 2009

4 Rezepte für eine Stipendienreform, die wirkt!

Ein Blick ins Budget genügt um zu wissen: Ohne sparen geht es nicht. Auch Universität und Fachhochschulen müssen dazu einen Beitrag leisten. Wir sehen durchaus Sparpotenzial (EDV, Raumnutzung, Doppelspurigkeiten bei den Studiengängen). Auch eine moderate Erhöhung der Studiengebühren ist vertretbar.

Eine Kahlschlag-Erhöhung um 100% hingegen lehnen wir ab.

Wir fordern zudem eine Stipendienreform, nicht nur wegen der Uni-Gebühren.

Die CVP hat sich 2009 im Rahmen ihres Schwerpunkts Familienpolitik intensiv mit dem Stipendienwesen beschäftigt. Zürich ist hier sehr knausrig. Bei uns profitieren nur 0,34% der Bevölkerung von Stipendien. Das ist landesweit Minusrekord! Schweizweit liegt der Durchschnitt bei 0,7% (vgl. BfS 2006).

Die Zurückhaltung ist unverständlich. Stipendien sind ein probates Mittel, um gezielt Armut und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wer gut ausgebildet ist, findet leichter Arbeit und braucht keine Sozialhilfe!

Stipendien helfen auch, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Mütter und Väter mit tiefen Einkommen, die ihren Beruf zugunsten der Familie zurückstellten und deren Berufswissen veraltet ist, erhalten leichter Zugang zu einer Weiterbildung. Das ist Hilfe zur Selbsthilfe. Damit signalisieren wir auch, dass uns Familienzeit etwas wert ist.

- Wir fordern:
- 1. Elternbeiträge einschränken!** Die Eltern als nächste Angehörige werden bei Stipendiengesuchen zu stark gefordert.
 - 2. Altersgrenze erhöhen!** Für Eltern, die wieder einsteigen, kommt die heutige Guillotine von 45 Jahren zu früh.
 - 3. Mehr Ausbildungen!** Der Kreis der stipendienberechtigten Ausbildungen ist zu eng gefasst.
 - 4. Mehr Flexibilität bei den Darlehen!** Dieses Mittel, das ja auf Eigenverantwortung setzt, wird zu wenig genutzt.

Die CVP hat gestern zusammen mit Partnern ein entsprechendes Vorstoss-Paket eingereicht (liegt bei). Wir freuen uns darüber, dass jetzt auch andere Parteien den Handlungsbedarf erkannt haben.

Bei Fragen: Philipp Kutter (078 641 10 31)